

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion nahm an der Reichstagsitzung teil. Hitler entwickelte das Programm des imperialistischen Eroberungs- und Raubkrieges. Wels sprach für die sozialdemokratische Fraktion. Er stimmte ausdrücklich den Ausführungen Hitlers über seine Außenpolitik zu. Das heißt, die sozialdemokratische Parteiführung war mit der Politik Hitlers in der Vorbereitung des zweiten Weltkrieges und der Drohungen gegen die Sowjetunion einverstanden. Nur dem innenpolitischen Teil konnten sie nicht zustimmen, weil bereits eine große Zahl sozialdemokratischer Funktionäre und Arbeiter von den Nazis zusammengeschlagen und eingesperrt waren. Um ihre „nationale“ Zuverlässigkeit unter Beweis zu stellen, trat die Sozialdemokratische Partei aus der II. Internationale aus. Wels schied demonstrativ aus dem Exekutiv-Komitee der II. Internationale aus mit der Erklärung, daß die anderen Parteien kein Verständnis dafür hätten, daß Deutschland, ebenso wie die anderen großen Länder, Kolonien und einen Platz an der Sonne braucht.

Weil also die sozialdemokratischen Parteien der anderen Länder mit der Raubkriegspolitik des deutschen Imperialismus nicht einverstanden waren, trat die deutsche Sozialdemokratie aus der sogenannten sozialistischen Internationale aus. Offensichtlich versuchten Wels und Stampfer sich unter allen Umständen gleichzuschalten. Dieser Versuch wurde auch später von Stampfer ganz offen zugegeben. Wenn sie also Hitler nicht dienen durften, dann nicht etwa, weil sie es nicht wollten, sondern weil Hitler sie nicht haben wollte.

Der damalige Versuch der rechten sozialdemokratischen Führung, unbedingt beim Faschismus zu bleiben und alles mitzumachen, ist für die heutige Zeit eine wichtige Lehre.

Die rechte Führung der SPD in Westdeutschland macht heute die gleiche Politik.

Im Januar 1935 bekam ich vom Zentralkomitee den Auftrag, einen Brief mit dem Angebot der gemeinsamen Zusammenarbeit und Unterstützung der Opfer des Faschismus an den Parteivorstand der SPD in Prag zu übermitteln. In diesem Brief waren konkrete Vorschläge enthalten zur Verteidigung und Unterstützung der Opfer des Faschismus. Es waren also einfache Maßnahmen der Solidarität. Bei der Übergabe hatte ich mit Wels und Stampfer eine längere Diskussion. Stampfer erklärte, daß sie nie und unter keinen Umständen auch nur einen Schritt mit der Kommunistischen Partei gemeinsam gehen werden. Ein einziges Mal mit uns gehen, würde es ihnen unmöglich machen, mit der Bourgeoisie zusammenzugehen. Diese Zeit werde eines Tages kommen und sie wollten sich für diese Zeit die Zusammenarbeit nicht verbauen. Dabei erklärte Stampfer, daß sie, das heißt die Sozialdemokraten, einen großen Fehler gemacht hätten. Sie durften 1929 nicht aus der Regierung ausscheiden und sich auch später nicht abdrängen lassen. Sie mußten unbedingt dabei bleiben und alles, auch den Faschismus, mitmachen. Das war ihr Kurs: unter allen Umständen bei der Bourgeoisie bleiben — alles mitmachen, und deshalb keinen Schritt gemeinsam mit der Kommunistischen Partei gehen. Sie waren nicht einmal bereit, den Opfern des Faschismus gemeinsam zu helfen.

Ich erinnere mich einer Unterhaltung mit dem Sozialdemokraten Griczynski, der einmal Polizeipräsident von Berlin war. Wir sprachen davon, warum der Faschismus siegen konnte und weshalb der Parteivorstand der SPD alle Angebote des Zentralkomitees der KPD auf gemeinsames Vorgehen abgelehnt hat. Bekanntlich wurde am 20. Juni 1932 die Braun-Severing-Regierung in Preußen von Papen durch

einen Staatsstreich abgesetzt. Das Zentralkomitee der KPD wandte sich damals an den Parteivorstand der SPD und den Bundesvorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes mit dem Vorschlag, den Staatsstreich mit dem Generalstreik abzuwehren. Das Zentralkomitee der KPD rief die deutschen Arbeiter zum Generalstreik auf. Der Vorstand der SPD bezeichnete diesen Aufruf als Provokation und erklärte, daß die Preußen-Regierung sich an den Staatsgerichtshof wenden wird, um durch Gerichtsurteil die Preußen-Regierung wieder einzusetzen. — Wohin das Anrufen des Staatsgerichtshofes geführt hat, ist allgemein bekannt — zum 30. Januar 1933 —, zum Kriege, und allen damit zusammenhängenden Folgen.

Ich habe Griczynski gefragt, warum sie damals das Angebot des Zentralkomitees der KPD abgelehnt haben, und ob er der Meinung sei, daß es möglich gewesen wäre, den Angriff des Faschismus abzuwehren. Seine Antwort war außerordentlich aufschlußreich. Er war der Meinung, daß im Sommer 1932 die preußische Polizei noch im allgemeinen intakt war und zur Braun-Severing-Regierung stand. Es wäre möglich gewesen, aus den Beständen der preußischen Polizei große Teile der Arbeiterklasse, Sportler und andere, zu bewaffnen. Beim Aufruf zum Generalstreik wäre es vom ersten Tage an zu bewaffneten Zusammenstößen gekommen. Wahrscheinlich hätte sich auch die Reichswehr eingemischt. Der Generalstreik wäre von Tag zu Tag wichtiger geworden und auch die bewaffnete Kraft der Arbeiterklasse wäre gewachsen. Die preußische Polizei und die Arbeiterklasse zusammen hätten den Faschismus geschlagen.

In diesem Kampf mit allen Mitteln wäre aber nicht einfach die Weimarer Republik wiederhergestellt worden, wie das im Kapp-Putsch der Fall gewesen ist; da die Kommunisten konsequent bis zu Ende gegangen wären, hätten sie ohne Zweifel in diesem Kampf die Führung bekommen. Um das zu verhindern, haben sie jeden gemeinsamen Kampf abgelehnt. Das Ergebnis dieser Politik ist bekannt. Der Faschismus wurde vom Finanzkapital an die Macht geschoben.

Genosse Thälmann hat damals in seiner letzten Rede im Zentralkomitee die Hauptgründe dargelegt, weshalb die Errichtung der faschistischen Diktatur nicht verhindert werden konnte.

Die Hauptursache für den Sieg des Faschismus war, daß wir nicht in der Lage waren, den Einfluß der rechten sozialdemokratischen Führung und der Gewerkschaftsführung auf die Arbeiterklasse in wünschenswertem Ausmaß auszuschalten. Das ist eine der wichtigsten Lehren für unseren heutigen Kampf im gesamtdeutschen Rahmen gesehen. Weil die rechten sozialdemokratischen Führer in Westdeutschland große Teile der Arbeiter beeinflussen, konnte dort der deutsche Imperialismus und Militarismus wieder erstehen. Für die Entwicklung in Europa ist die Frage der Aktions einheit in Westdeutschland und das Ausschalten der rechten sozialdemokratischen Führer vom Masseneinfluß von entscheidendster Bedeutung.

In der Deutschen Demokratischen Republik haben wir die richtigen Lehren gezogen. Wir haben die Spaltung überwunden und den Einfluß der rechten Sozialdemokratie zerschlagen und ausgeschaltet. Wir haben eine Partei entwickelt, die die Politik fortsetzt, die Ernst Thälmann der deutschen Arbeiterklasse und unserer Partei gelehrt hat. Das Wichtigste, das uns Ernst Thälmann hinterließ, ist, die Einheit unserer Partei, ihre Schlagkraft als unser heiligstes Gut ständig zu verteidigen.